

Anfragen zum Plenum in der 50. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Klaus Adelt
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Anzeigen auf Kurzarbeit – bezogen auf die Anzahl der Unternehmen sowie der Beschäftigten – gibt bzw. gab es im Freistaat Bayern bislang im Jahr 2020 (bitte nach Monaten ausdifferenzieren), wie viele Unternehmen bzw. Personen befinden bzw. befanden sich bislang in Kurzarbeit (bitte ebenfalls nach Monaten ausdifferenzieren) und wie viele Personen mit Kindern (das heißt Personen, die Anspruch auf ein erhöhtes Kurzarbeitergeld haben) waren bzw. sind jeweils darunter (bitte sämtliche Antworten in absoluten und relativen Zahlen (= prozentualer Anteil) angeben, sowie nach Regierungsbezirken gliedern)?

Benjamin Adjei
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, weshalb verweigert sich Bayern dem Angebot der Kassenärztlichen Bundesvereinigung eines einheitlichen Terminvermittlungssystems für die geplanten Impfzentren, wie wird sichergestellt, dass die zu impfenden Personen auch zum richtigen Zeitpunkt zur zweiten Impfung in die Impfzentren kommen, z. B. schriftlich, telefonisch oder via Mail, da die Impfstoffe in zwei Impfdosen verabreicht werden müssen und in welchen Fällen gibt es die Möglichkeit, von mobilen Impfteams geimpft zu werden?

Horst Arnold
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Familien – im Sinne von Konstellationen aus Eltern(teil) und Kind(ern) – leben aktuell in Bayern (bitte ausdifferenzieren nach Anzahl der Kinder, wobei Kinder unter 14 Jahren gesondert auszuweisen sind, sowie nach Familienkonstellation (das heißt insbesondere nach Ehepaaren bzw. nichtehelichen Lebensgemeinschaften, Alleinerziehenden mit ledigen Kindern im Haushalt, Familien mit leiblichen Kindern sowie Stief-, Pflege- und Adoptivkindern, Patchworkfamilien) und auf wie viele Hausstände verteilen sich die Familien in Bayern, das heißt wie groß ist jeweils die Anzahl der Familien, deren Mitglieder in einem/zwei/drei/vier/fünf und mehr verschiedenen Hausständen leben (bitte alle Antworten soweit wie möglich auch nach Regierungsbezirken aufschlüsseln)?

Johannes Becher
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Handlungsfelder wurden für den Gute-KiTa-Vertrag zwischen Bayern und dem Bund für den Zeitraum 2021/2022 ausgewählt, in welcher Höhe werden die Mittel bei den jeweiligen Handlungsfeldern hinterlegt und welche Maßnahmen sind zur Bearbeitung der Handlungsfelder vorgesehen?

Franz Bergmüller
(AfD)

Angesichts der Tatsache, dass sich derzeit auf EU-Ebene mehrere Impfstoffe in Prüfung für eine Zulassung befinden, mit dem Ziel, dass diese auch von bayerischen Gesundheitsbehörden und/oder dem Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) an Impflinge verabreicht werden können/dürfen, frage ich die Staatsregierung, welche einzelnen Prüfschritte auf Basis der auf EU-Ebene geltenden Rechtsgrundlagen abgeprüft werden müssen/sollen, um einen Impfstoff von einem Impfstoffentwickler oder Impfstoffhersteller EU-weit zuzulassen, sodass dieser Impfstoff durch ein bayerisches Gesundheitsamt und/oder durch das LGL einem Impfling verabreicht werden darf/kann (bitte jeden einzelnen Prüfpunkt unter Angabe der korrespondierenden Rechtsgrundlage auf EU-Ebene aufschlüsseln), welche einzelnen Prüfschritte auf Basis der bundesdeutschen Rechtsgrundlagen z. B. aus dem Arzneimittelgesetz abgeprüft werden müssen/sollen, um einen Impfstoff von einem Impfstoffentwickler oder Impfstoffhersteller bundesweit zuzulassen, sodass dieser Impfstoff durch ein bayerisches Gesundheitsamt und/oder durch das LGL einem Impfling verabreicht werden darf/kann (bitte jeden einzelnen Prüfpunkt unter Angabe der korrespondierenden Rechtsgrundlage auf bundesdeutscher Ebene aufschlüsseln) und wie verändern sich die abgefragten Rechtsgrundlagen und Prüfpunkte im Falle einer beschleunigten Zulassung z. B. durch Auslassung einzelner Punkte etc. (bitte jeden einzelnen Prüfpunkt unter Angabe der korrespondierenden Rechtsgrundlage auf EU-Ebene und bundesdeutscher Ebene vorzugsweise am Beispiel der Impfstoffe gegen das COVID-19-Virus aufschlüsseln)?

Cemal Bozoğlu
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund von Presseveröffentlichungen über den Verdacht der Holocaust-Leugnung durch einen Gemeinderat und Bürgermeisterkandidaten der AfD in Prien am Chiemsee, frage ich die Staatsregierung, wie sie das von dem Gemeinderat weitergeleitete Facebook-Posting über einen Dokumentarfilm zu den Verbrechen in deutschen Konzentrationslagern, den Alfred Hitchcock 1945 im Auftrag der Alliierten drehte, bewertet, wie weit das in dieser Angelegenheit eingeleitete Ermittlungsverfahren der Kriminalpolizei Rosenheim wegen Volksverhetzung gediehen ist und ob der Staatsregierung weitere Fälle von Volksverhetzung durch Mandatsträger der AfD bekannt sind?

Florian von Brunn
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, auf welchen Strecken des Schienenverkehrs in Bayern besteht Eingleisigkeit, obwohl ein zwei- oder mehrgleisiger Ausbau bzw. Ausbau mit mehrgleisigen Begegnungsabschnitten sinnvoll bzw. notwendig wäre (z. B. kürzere Fahrzeiten und weniger Störungen - bitte alle angesprochenen Strecken im Detail inklusive Lage und Zustand auflisten), welche Strecken des bayerischen Schienenverkehrs sind derzeit nicht elektrifiziert (bitte alle angesprochenen Strecken im Detail inklusive Lage und Zustand auflisten) und welche Maßnahmen zum zwei- oder mehrgleisigen (Teil-)Ausbau, zum (Aus)bau von Begegnungsabschnitten und Elektrifizierungsmaßnahmen sind derzeit geplant, in Bearbeitung oder im Bau (bitte alle angesprochenen Strecken mit Planungs-, Bearbeitungs- und Umsetzungsstand sowie Lage auflisten)?

Dr. Markus Büchler
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, zu der in diesen Wochen in 20 Tageszeitungen beigefügten 32-seitigen Beilage „Die Autobahn A 3 für Europa“, herausgegeben vom H. Medienkontor Süd in Kooperation mit der Autobahndirektion Nordbayern, welcher Aufwand (Ausgaben und Arbeitszeit) des Freistaates Bayern inklusive der Autobahndirektion wurden für Erstellung und Durchführung dieser Werbemaßnahme eingesetzt, beabsichtigt sie vergleichbare Werbemaßnahmen auch für den öffentlichen Nahverkehr in der betreffenden Region aufzuwenden und wie bringt die Staatsregierung diese Werbemaßnahme des Freistaates für eine Bundesautobahnausbaumaßnahme mit dem Erreichen der Klimaschutzziele des Freistaates in Einklang?

Kerstin Celina
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wer trägt die Kosten für die am 06.12.2020 im Kabinett beschlossenen regelmäßigen Coronatests des Personals in Einrichtungen der Eingliederungshilfe und Pflege (bitte bei der Antwort die einzelnen Einrichtungsarten unterscheiden in Krankenhäuser, Altenpflegeheime und stationäre Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen), aus welchen Gründen unterscheiden sich die Personalaufwandspauschalen für Tests (bitte die jeweiligen Erstattungsbeiträge für Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen und stationären Einrichtungen für Menschen mit Behinderung nennen), wie werden die Personal- und Sachkosten für Tests in stationären Einrichtungen, die, um ihrer Verantwortung gerecht zu werden, noch vor dem Ausrufen des Katastrophenfalls bereits in Vorleistung getreten sind, erstattet?

Dr. Anne Cyron
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Personengruppen sollen in Bayern zuerst mit dem zu erwartenden Impfstoff gegen Corona geimpft werden und welche Einschränkungen sind für Personengruppen wie zum Beispiel Beamtinnen und Beamte im Polizeidienst oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bereich der Pflege zu erwarten, sollten sich Personen aus diesem Kreis nicht impfen lassen wollen und welche Datenbasis wird verwendet, um den Personenkreis für die ersten Impfungen zu ermitteln?

Maximilian Deisenhofer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Coronatests (bitte unterscheiden in Antigen-Schnelltests und PCR-Tests) stehen bayernweit zur Verfügung, wie sollen Schulen in ein bayerisches Testkonzept integriert werden (vgl. Vorschlag Bundesminister für Gesundheit Jens Spahn vom 3. Dezember 2020) und wie sind die aktuellen Planungen, insbesondere angesichts des bedeutend gestiegenen Stellenwerts des Wechsel- und Distanzunterrichts, zu datenschutzkonformen Videotools (MS Teams, Bayerncloud, o. Ä.) für Schulen ab 1. Januar 2021 nach Auslaufen des aktuellen Vertrags mit Microsoft konkret?

Gülseren Demirel
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Nach dem Urteil des Bayerischen Obersten Landesgerichts vom 1. Dezember 2020, in dem die Richter des 6. Strafsenats die Revision der Staatsanwaltschaft München mit „unbegründet“ ablehnten und somit das Zeigen und Tragen der Symbole der sogenannten Volksverteidigungseinheiten YPG/YPJ als nicht strafbar bezeichneten und damit kein Verstoß gegen den § 20 des Vereinsgesetzes vorliegt, frage ich die Staatsregierung, welche Bedeutung dieses Urteil auf die zuvor verhängten Strafen hat (bitte die Zahl der Betroffenen, die einen Geldstrafe zahlen mussten, benennen), welche Bedeutung hat das Urteil für das zukünftige Zeigen der Symbole und werden die Hindernisse bei der Einbürgerung von Betroffenen durch das Urteil behoben sein (bitte die möglichen Hindernisse in der Vergangenheit benennen)?

Albert Duin
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung vor dem Hintergrund der Aussagen des Staatsministers für Unterricht und Kultus Prof. Dr. Michael Piazzolo in der letzten Regierungsbefragung hinsichtlich weiterer Verhandlungen mit der Firma Microsoft, warum sie eine weitere Verlängerung des Einsatzes des zentralen Angebots von „MS Teams“ in den Schulen nach dem Auslaufen der letztmalig vertraglich vorgesehenen Verlängerungsoption Ende 2020 offensichtlich vergaberechtlich als unkritisch einstuft, warum die parallel vorgesehene, produktoffene Ausschreibung für ein Videokonferenz- bzw. Kollaborationstool, das ursprünglich ab Januar 2021 eingesetzt werden sollte, erst im November gestartet hat und mit welcher Begründung sie schon wenige Wochen später den Zeitplan der Ausschreibung bis in den März 2021 hinein verlängern musste?

Matthias Fischbach
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, warum sie die Empfehlung des Umweltbundesamts („Um sich vor infektiösen Partikeln zu schützen, sollte pro Stunde ein dreifacher Luftwechsel erfolgen.“) nicht im Rahmenhygieneplan umgesetzt hat und nur alle 45 Minuten verbindlich ein Quer-/Stoßlüften der Klassenzimmer vorsieht, welche kurzfristige und durchschnittliche Mindesttemperatur sie aus Sicht des Dienstherrn für die Arbeit im Klassenzimmer noch für akzeptabel hält (bitte konkret benennen und ggf. Abweichungen zu den in den Technischen Regeln für Arbeitsstätten (ASR) genannten Temperaturen zwischen 17 und 19 Grad Celsius Raumtemperatur erläutern) und mit welcher kurzfristigen und durchschnittlichen Mindesttemperatur nach Kenntnis der Staatsregierung in einem normalen Klassenzimmer (bitte passende Annahmen für Raumgröße, Heizung, etc. treffen) bei einer Außentemperatur von 0 Grad Celsius und Raumlüftung unter Einhaltung der Vorgaben des Umweltbundesamts (alle 20 Minuten für drei bis fünf Minuten lüften) bzw. des Rahmenhygieneplans (mindestens alle 45 Minuten für mindestens fünf Minuten lüften) jeweils zu rechnen ist?

Christian Flisek
(SPD)

Da Bibliotheken und Büchereien aufgrund der Neunten Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung erneut schließen mussten, während der Buchhandel seine Läden im sogenannten „Lockdown Light“ geöffnet halten darf, frage ich die Staatsregierung, wie sich der Umsatz im Buchhandel in 2020 stationär bzw. online entwickelt hat und wie sich die Anzahl der Einzelhandel-Buchhandlungen in den letzten fünf Jahren entwickelt hat (bitte Darstellung aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken, Landkreisen und kreisfreien Städten)?

Anne Franke
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, was sie zu tun gedenkt angesichts wiederholter Beschwerden verschiedener Gefangener der Justizvollzugsanstalt München über die aus ihrer Sicht menschenunwürdige bauliche Situation im Westbau sowie im Ostbau und warum werden im Haushaltsplan 2021 lediglich die Planungskosten und noch immer nicht die Baukosten für den geplanten Ersatzbau bereitgestellt, obwohl die Situation bereits seit Jahrzehnten besteht und bekannt ist?

Patrick Friedl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit wurden die vorgesehenen Mittel für das Vertragsnaturschutzprogramm in den Jahren 2019 und 2020 (soweit schon bekannt) jeweils ausgeschöpft bzw. abgerufen, wenn nein, wie viele Restmittel sind in den beiden Jahren übrig geblieben bzw. noch übrig (mit der Bitte um Angabe der jeweils vorgesehenen und abgerufenen bzw. beantragten Summen) und welche Ursachen sieht die Staatsregierung für den unvollständigen Abfluss der Fördermittel?

Barbara Fuchs
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Kontakte (Treffen, Telefonate, etc.) gab es zwischen dem ehemaligen Staatsminister für Wirtschaft, Energie und Technologie Franz Pschierer und Vertreterinnen und Vertreter der Bayerischen Automobilindustrie bzw. -verbänden im Zeitraum Mai 2018 bis Dezember 2018 (bitte jeweils einzeln auflühren) und welche Kontaktaufnahmen gab es zwischen dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur und dem Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie zum Thema CO₂-Grenzwerten für schwere Nutzfahrzeuge im Zeitraum Mai 2018 bis einschließlich Februar 2019 (bitte jeweils einzeln auflühren)?

Tessa Ganserer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Anforderungen bestehen an die Örtlichkeiten der Impfbzentren, mit welchem Zeitaufwand rechnet die Staatsregierung pro geimpfter Person, sodass auch dem erhöhten Beratungsbedarf verunsicherter Bürgerinnen und Bürgern Rechnung getragen werden kann und sind auch Sprechstunden zur Nachbetreuung eingeplant?

Thomas Gehring
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund der weiteren Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie, die zum 09.12.2020 in Kraft treten, frage ich die Staatsregierung, wie ist die Formulierung von „Sport und Bewegung an der frischen Luft, alleine, mit dem eigenen Hausstand und mit einem anderen Hausstand, solange dabei eine Gesamtzahl von insgesamt fünf Personen nicht überschritten wird“ im Hinblick auf Ausflugs- und Skigebiete zu verstehen, wie unterstützt die Staatsregierung Kommunen, Landkreise und kreisfreie Städte in der Handhabung landkreisübergreifenden Tagestourismus zu begrenzen und wie können sie Besucherlenkung zum Schutz von Landschaft und Natur und zur Sicherheit der Besucherinnen und Besucher vollziehen, nachdem die Kanalisierungsfunktion von Skiliften und Bergbahnen wegfällt?

Richard Graupner
(AfD)

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass in der Polizeilichen Kriminalstatistik zwischen Straftaten, die dem Phänomenbereich politisch motivierter Straftaten -links (PMK -links) und links-extremistischen Straftaten unterschieden wird, wobei linksextremistische Straftaten nur eine Teilmenge sämtlicher PMK -links darstellen, frage ich die Staatsregierung, wie viele Straftaten, die im Dienstbereich der Polizeipräsidien Schwaben Nord und Schwaben Süd/West in jeweils den Jahren 2015 bis 2017 begangen wurden, dem Phänomenbereich Politisch Motivierter Straftaten -links (PMK -links) zugeordnet wurden, welcher Straftatbestand dabei im jeweiligen Jahr am häufigsten zu verzeichnen war und wie oft Fälle von Sachbeschädigung im jeweiligen Jahr zu verzeichnen waren?

Martin Hagen
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung im Hinblick auf das Infektionsgeschehen im Bereich der Schulen und der Schülerbeförderung, welche Standards bei Masken im Unterricht und bei der Schülerbeförderung verbindlich für Schüler gelten, wie sie die Standards EN 149, N95 und den Standard von Klarsicht-Mund-Nasen-Bedeckungen (vgl. Einschätzung des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege im Schreiben vom 20.07.2020 an den Bayerischen Hotel- und Gaststättenverband) im direkten Vergleich hinsichtlich einer Tauglichkeit für die Schülerbeförderung/den Unterricht bewertet und warum die Sommerferien nicht genutzt wurden, um den Lehrern ausreichend FFP2-Masken (Standard EN 149) zum Start ins Schuljahr 2020/2021 zur Verfügung zu stellen?

Volkmar Halbleib
(SPD)

Aufgrund des Wegfalls des Numerus Clausus (NC) für das Grundschullehramt haben sich laut Medienberichten an der Universität Würzburg zum Start des Wintersemesters im Vergleich zum Vorjahr mehr als doppelt so viele Studierende im ersten Semester eingeschrieben, deshalb frage ich die Staatsregierung, wie viele Studierende haben sich an den bayerischen Universitäten für das Grundschullehramt jeweils in den Wintersemestern 2019/2020 und 2020/2021 zum ersten Semester eingeschrieben (bitte aufgeschlüsselt nach Semestern und Universitäten angeben), wie viele Lehrkräfte waren in den Wintersemestern 2019/2020 und 2020/2021 jeweils für Lehre, Forschung und Betreuung im Studiengang Grundschullehramt an bayerischen Universitäten abgeordnet (bitte aufgeschlüsselt nach Semestern und Universitäten angeben) und wie viele wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter standen den bayerischen Universitäten in den Wintersemestern 2019/2020 und 2020/2021 jeweils in den Bereichen Grundschulpädagogik und Grundschuldidaktik zur Verfügung (bitte aufgeschlüsselt nach Semestern und Universitäten sowie Professuren, akademischen (Ober-)Räten, Lehrkräften für besondere Aufgaben, wissenschaftlichen Angestellten und Assistenten und Lehrbeauftragten angeben)?

Christina Haubrich
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wird auch das Personal der anerkannten Hilfsorganisationen in die Ausschreibungen für die Impfzentren einbezogen oder wird zuerst versucht, das Personal zur Durchführung der Impfungen über die Kassenärztliche Vereinigung zu generieren und wie wird das nötige Personal pro Impfzentrum berechnet?

Dr. Wolfgang Heubisch
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wann sie mit der Auszahlung der Novemberhilfen in Bayern rechnet (bitte Auflistung für die Unternehmenshilfe als auch die Hilfe für Soloselbstständige und Künstlerinnen und Künstler), welche finanziellen Angebote es für diejenigen gibt, die nicht mehr von ihrem Ersparnis leben können und damit dringend auf die Gelder der Hilfspakete angewiesen sind und inwieweit Staatsminister für Wissenschaft und Kunst Bernd Sibler sich in der Verantwortung sieht, hier insbesondere für die Gruppe der Kulturschaffenden, tätig zu werden?

Christian Hierneis
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch schätzt sie die Dunkelziffer bei COVID-19-Erkrankungen in Bayern ein (Personen, die mit COVID-19 infiziert waren oder sind, aber nicht getestet wurden, deren Infektion also nicht bekannt ist, die aber eventuell bereits Antikörper gebildet haben oder bilden werden), werden in Anbetracht des zunächst knappen Impfstoffes bei der anstehenden Impfung auch Personen geimpft, die (bekanntermaßen oder nicht bekanntermaßen) bereits Antikörper gegen COVID-19 gebildet haben und wie plant die Staatsregierung die Personen herauszufinden, die nicht auf COVID-19 getestet wurden, aber Antikörper gegen COVID-19 gebildet haben, damit diese bereits vorhandene Antikörperbildung in Anbetracht des zunächst knappen Impfstoffes im Rahmen der Impfstrategie berücksichtigt werden kann?

Dr. Helmut Kaltenhauser
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, ob es stimmt, dass sich ein Hinweisgeber im Juli 2020 an die Staatsregierung, und hierbei insbesondere an die Staatskanzlei, gewandt hat und darin detaillierte Hinweise unter anderem in Bezug auf Alias-Identitäten von Herrn Markus Braun und Herrn Jan Marsalek, gefälschte Reisepässe und Bankverbindungen übermittelt hat, welche Stellen innerhalb der Staatsregierung über diese Hinweise informiert wurden und welche Handlungen sie aufgrund dieser Informationen unternommen bzw. veranlasst hat?

Annette Karl
(SPD)

Nachdem jetzt wieder verstärkt auf Distanzunterricht umgestellt wird, frage ich die Staatsregierung, welche Lösung sie ab dem neuen Jahr als zentrale Vernetzungsplattform für alle Schulen anbieten wird und wer die Kosten trägt und ob die Zugriffskapazitäten mittlerweile so groß sind, dass nicht wieder Serverabstürze, wie beim ersten Schulloekdown im Frühjahr 2020, drohen?

Christian Kligen
(AfD)

Angesichts der Tatsache, dass der Chef des Unternehmens BioNtech Sahin die Funktionsweise des von ihm entwickelten Wirkstoffs wie folgt beschreibt, der von seiner Firma entwickelte RNA-Impfstoff enthält, „eine genetische Information, die menschliche Zellen instruiert, ein Stück des Virus herzustellen“¹ und der Immunologe, Toxikologie und Pharmakologe und Professor an der Universität Hamburg Prof. Stefan Hockertz zu einem Impfstoff auf RNA-Basis folgende Einschätzungen darlegt, „Jetzt bekommen wir nur noch einen Teil des Virus, das soll das Spike-Protein sein, aber wir wissen das auch nicht so genau, wir wissen ganz wenig über diese RNA-Impfung.“, „Weil ganz offenbar die Datenlage dafür nicht ausreichend war, Fragen zur Qualität, zur Sicherheit, zur Wirksamkeit konnten offenbar nicht befriedigend für die Behörden beantwortet werden, sonst wäre es zur Zulassung gekommen.“, „Die Geschichten, die uns aufgetischt werden, von 70 Prozent oder 90 Prozent Wirksamkeit, scheinen mir unbelegt. Auf Nachfrage bekam ich keine Antworten von den Firmen. Wir hatten uns immer gefreut, wenn wir bei der Influenza-Impfung eine 30- bis 40-

¹ <https://www.welt.de/wis-senschaft/plus221627146/Impfung-gegen-Corona-Biontech-Chef-Ugur-Sahin-im-Interview.html>

prozentige Wirksamkeit hatten. Die Daten, die uns jetzt präsentiert werden, erscheinen mir etwas utopisch.“, „welche der im Vorfeld einer Impfung bzw. Experimenten an Menschen vorgesehenen Studien denn Pfizer vorlägen“? beantwortete Pfizer mit: Es sind „noch keine Daten verfügbar.“, „Was geschehe, habe mit Wissenschaft nichts mehr zu tun, es sei rein politisch, so Hockertz.“, „Wenn ich mit der Datenlage, die wir offensichtlich heute haben, oder besser gesagt mit der Nicht-Datenlage, eine Studie durchgeführt hätte, wäre ich im Gefängnis gelandet. Es ist ein ganz klarer Verstoß gegen das Arzneimittel-Gesetz“¹, frage ich die Staatsregierung nach der Zuverlässigkeit des von den bayerischen Gesundheitsämtern und dem Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) bald der Bevölkerung Bayerns zu verabreichenden RNA-Impfstoffs, was nach Kenntnis der Staatsregierung und angesichts der vom Inhaber der Firma BioNtech beschriebenen Funktionsweise eines Impfstoffs auf RNA-Basis dagegen spricht, dieses Impfkonzepkt der Injektion von körperfremden Genen in den menschlichen Körper mit der Hoffnung auf diesem Wege Abwehrreaktionen des Körpers stärken zu können, als „Gentherapie“ zu bezeichnen, welche belegbaren empirischen und öffentlich zugänglichen Fakten – z. B. in Gestalt von Studien – der Staatsregierung bekannt sind, die die behauptete Wirksamkeit von 90 Prozent und darüber belegen und welche öffentlich einsehbaren Studien/Einschätzungen o. Ä. der Staatsregierung bekannt sind, die eine Aussage über mögliche Nebenwirkungen zu den COVID-19-RNA-Impfstoffen tätigen (bitte Quelle der Studie angeben)?

Paul Knoblach
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Tiertransporte wurden nach dem am 26.10.2020 per Pressemitteilung angekündigten Erlass des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz von Bayern über Sachsen ins Ausland abgefertigt (bitte aufschlüsseln nach abfertigendem Veterinäramt in Bayern und Sachsen, Transporteur, Tierart, Stückzahl, Bestimmungsort und Bestimmungsland) und welche Organisatoren und welche Zuchtverbände waren an den Tiertransporten jeweils beteiligt?

Claudia Köhler
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Konzepte gibt es, um Personal, das sich ehrenamtlich in den Impfzentren einbringen möchte, zu integrieren, wie können möglichst viele der anfallenden Aufgaben an nicht medizinisches Personal abgegeben werden und welche Stellenbesetzung schreibt das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege für die Impfzentren vor?

¹ <https://reitschuster.de/post/die-impfung-ist-ein-experiment-an-menschen/>

Natascha Kohnen
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie verteilen sich die in der Antwort auf die Anfrage zum Plenum vom 02.12.2020 genannten Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer aus der Berufsgruppe der Post- und Zustelldienste auf die verschiedenen Beschäftigungsarten (vollzeit-, teilzeit-, sozialversicherungspflichtig und ausschließlich geringfügig beschäftigt), wie hoch ist der prozentuale Anteil der (vollzeit-)beschäftigten Helferinnen und Helfer sowie Fachkräfte, die in dieser Berufsgruppe im Niedriglohnsektor tätig sind, an allen (vollzeit-)beschäftigten Helferinnen und Helfer sowie Fachkräften in dieser Berufsgruppe und wie fällt der aktuelle Medianlohn der (vollzeit-)beschäftigten Helferinnen und Helfer sowie Fachkräfte in dieser Berufsgruppe im Vergleich zum Medianlohn aller (vollzeit-)beschäftigten Menschen in Bayern aus (bitte sämtliche Antworten soweit wie möglich auch nach Regierungsbezirken ausdifferenzieren)?

Sebastian Körber
(FDP)

Im Regierungsprogramm „Das Beste für Bayern“ aus dem Jahr 2018 hat sich Ministerpräsident Dr. Markus Söder folgendes Ziel gesetzt: „Wir werden bis 2020 den gesamten ÖPNV mit WLAN ausstatten.“ Hierzu frage ich die Staatsregierung:

1.

1.1 Inwiefern hält die Staatsregierung dieses Ziel im Jahr 2020 für umsetzbar?

1.2 Welche Gründe liegen vor, sodass dieses Ziel nicht erreicht werden kann?

1.3 Bis wann möchte die Staatsregierung dieses Ziel erreicht haben?

2.

2.1 Wie viele Busse und Bahnen sind derzeit mit WLAN ausgestattet (bitte um prozentuale Angabe je Fortbewegungsmittel und nach Verkehrsverbänden)?

2.2 Wie viele Kilometer Bus- und Bahnlinie sind derzeit mit WLAN ausgestattet (bitte um prozentuale Angabe je Fortbewegungsmittel und nach Verkehrsverbänden)?

2.3 Wie hoch ist der Anteil an Personenkilometern, der Zugang zu einem Fahrgast-WLAN hat, gemessen am Gesamtvolumen an Personenkilometern von Bus und Bahn in Bayern?

3.

3.1 Inwiefern setzt sich die Staatsregierung dafür ein, dass sowohl in Bussen als auch in Bahnen WLAN-Angebote installiert werden?

3.2 Wie viele Personen beschäftigen sich sowohl im Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr (StMB), als auch bei der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG) mit der fortschreitenden Installation und dem Ausbau von WLAN-Angeboten in Bus und Bahn?

3.3 Wie wird der Mobilfunkempfang in Bayern entlang der Bus-

und Bahnlinien bewertet, der die Voraussetzung für entsprechende WLAN-Angebote in Bus und Bahn ist?

4.

4.1 Inwiefern wird das derzeitige WLAN-Angebot in Bus und Bahn von den Fahrgästen angenommen (bitte um prozentuale Angabe wie viele Fahrgäste das WLAN-Angebot auf den Bus- und Bahnlinien nutzen, in denen bereits die entsprechende WLAN-Infrastruktur gegeben ist)?

4.2 Welche durchschnittliche Übertragungsraten können in Bus und Bahn angeboten werden?

4.3 Wie viele Störfälle und sonstige Beeinträchtigungen gab es bisher bei den WLAN-Einrichtungen in Bus und Bahn?

5.

5.1 Welche Rolle spielt der Staatsregierung zufolge ein attraktives WLAN-Angebot in Bus und Bahn, sodass der ÖPNV in Bayern für die Fahrgäste attraktiver wird?

5.2 Inwiefern könnte sich durch ein flächendeckendes WLAN-Angebot in Bus und Bahn der Modal Split zugunsten des ÖPNV in Bayern entwickeln?

6.

6.1 Inwiefern wurde die Frage geklärt, wer die laufenden Kosten der WLAN-Ausstattung in Bus und Bahn übernimmt?

6.2 Inwiefern wirkt sich die WLAN-Ausstattung in den bayerischen Bus- und Bahnlinien sowohl auf die entstehenden Kosten für die ÖPNV-Unternehmen als auch auf die Preisgestaltung für Fahrscheine aus?

6.3 Inwiefern konnte das StMB oder die BEG erreichen, dass laufende Verträge mit den Verkehrsunternehmen insofern angepasst wurden, dass nachträglich in Bus und Bahn, WLAN-Angebote geschaffen wurden?

7.

7.1 Inwiefern besteht ein Zusammenhang zwischen dem stockenden Mobilfunkausbau und der WLAN-Versorgung bei Bus und Bahn in Bayern?

7.2 Welchen Beitrag können die Kommunen zur Versorgung mit WLAN bei Bus und Bahn in Bayern leisten?

7.3 Wie stimmt sich die Staatsregierung mit den Sachaufwandsträgern hinsichtlich WLAN bei Bus und Bahn in Bayern ab?

8.

8.1 Welche Anstrengungen unternimmt die Staatsregierung, um künftig unter Nutzung von 5G noch schnelleres WLAN in Bus und Bahn bereitzustellen?

Sebastian Körber
(FDP)

Nachdem sich ab dem 1. Januar 2021 die Zuständigkeiten für Autobahnen ändern, da die bundeseigene Autobahn GmbH des Bundes die Auftragsverwaltung von den Ländern übernimmt, frage ich die Staatsregierung, mit welchen Einsparpotenzialen bzw. Mehrkosten (unter Angabe des Bereichs und der jährlichen Höhe) die Staatsregierung rechnet (bspw. Personalkosten), wie die Staatsregierung gedenkt, die freiwerdenden jährlichen Mittel zu verwenden und mit welchen Auswirkungen sie hinsichtlich Planung, Bau, Erhalt und Betrieb durch die Verlagerung der Kompetenzen von den Ländern in die Hände des Bundes rechnet (bspw. etwaige Verzögerungen, Kostensteigerungen)?

Eva Lettenbauer
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie beurteilt sie welche Forschungsprojekte des Fördernetzwerks Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung im Rahmen der Förderrunde im Kontext der Corona-Pandemie an bayerische Hochschulen vergeben wurden, ob außerhalb dieser Förderbekanntmachung über geschlechtsspezifische Auswirkungen der Corona-Pandemie an bayerischen Hochschulen geforscht wird, und falls nicht, ob die Staatsregierung einen Bedarf für wissenschaftliche Begleitung zur Erforschung der geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Corona-Pandemie, insbesondere mit einem Schwerpunkt auf der regionalen, bayerischen Lage, sieht?

Roland Magerl
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie beurteilt sie die Rechtmäßigkeit des § 2 Nr. 2 der Neunten Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (BayIfSMV) und inwiefern genügt die Neufassung der BayIfSMV dem datenschutzrechtlichen Grundsatz der Erforderlichkeit gem. Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und welche Dokumentationspflicht ergibt sich für Arbeitgeber aus den in Attesten enthaltenen personenbezogenen Daten?

Christoph Maier
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Erkenntnisse sie über die Internetseite <https://www.projektwerkstatt.de> hat, ob sie vor dem Hintergrund, dass dort in Rubriken wie „Pro Militanz/Gewalt“ oder „Demokratiekritik“ linksextreme Gewaltphantasien ausgebreitet werden, Anhaltspunkte für Linksextremismus erkennt und welche Erkenntnisse sie über die Betreiber der Internetseite hat?

Helmut Markwort
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, welche grundsätzlichen Verpflichtungen der Bayerische Pensionsfonds in den nächsten zehn Jahren jährlich erfüllen muss, wie viele Mittel ihm dafür in diesem Zeitraum jährlich zur Verfügung stehen und ob aus Sicht der Staatsregierung der jährliche Zuschuss in Höhe von 110 Mio. Euro für das Sondervermögen Bayerischer Pensionsfonds angepasst werden muss?

Jürgen Mistol
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Nachdem die staatlichen Auftraggeber in Bayern seit 01.01.2018 die Unterschwellenvergabeordnung (UVgO) bei der Beschaffung von Liefer- und Dienstleistungsaufträgen anzuwenden haben, frage ich die Staatsregierung, welche Erkenntnisse sie zur Anwendung der UVgO im Hinblick auf Kostensteigerungen und Bürokratieaufwand für die Auftraggeber hat, inwiefern sie diesbezüglich Änderungsbedarf sieht und aus welchen Gründen die im Zuge der Corona-Pandemie erfolgte Erhöhung der Wertgrenzen dauerhaft für notwendig erachtet wird?

Hep Monatzeder
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, durch welche Verfahren prüft die Staatsregierung Kabinetts- und Gesetzesvorlagen auf ihre Auswirkungen hinsichtlich ökonomischer, ökologischer, sozialer Nachhaltigkeit, nach welchen formalen und inhaltlichen Kriterien erfolgen diese Prüfungen und wie werden die Ergebnisse dokumentiert und zugänglich gemacht?

Ruth Müller
(SPD)

Gerade nachdem Bibliotheken und Büchereien laut der Neunten Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung erneut schließen mussten, während der Buchhandel seine Läden im sogenannten „Lockdown light“ geöffnet halten darf, obwohl gerade erst durch die Kampagne „Deutschland liest vor“ und die Präsentation des Kinderlandtagskrimis „Die Isar-Detektive – Falscher Alarm“ auch von Ilse Aigner die immense Wichtigkeit des Lesens und Vorlesens für die kindliche Bildung betont wurde, frage ich die Staatsregierung, worin sie im Detail den Unterschied zwischen dem Leihen und dem Kaufen von Büchern sieht, wieso für die Büchereien und Bibliotheken nicht die analogen Quadratmetervorgaben beispielsweise im Einzelhandel gelten können und welche weiteren Einschränkungen sich ab Mittwoch, den 09.12.2020 für Büchereien und Bibliotheken beispielsweise hinsichtlich der vielerorts eingerichteten Abholmöglichkeiten ergeben?

Alexander Muthmann
(FDP)

Vor dem Hintergrund der Neuregelungen in § 28a IV Infektionsschutzgesetz (IfSG) frage ich die Staatsregierung, welche Befugnisse sie hiernach überhaupt noch bei den Strafverfolgungsbehörden (vgl. § 4 III 3 der Neunten Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung – 9. BayIfSMV) im Zusammenhang mit den erhobenen Kontaktdaten sieht (bitte auch unter Würdigung des § 160 IV Strafprozessordnung – StPO), inwiefern die Staatsregierung unter dem Eindruck der geltenden Rechtslage eine Verwendung der Daten im Bereich der präventiven Gefahrenabwehr im Freistaat Bayern für möglich hält (bitte unter Ausführung rechtlicher Grundlagen und Abwägungen) und inwiefern sie vor diesem Hintergrund bereit ist, eine dem Zweck der Erhebung fremde Verwendung der Daten jetzt und ggf. künftig auszuschließen?

Verena Osgyan
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Ergebnisse von Studien zu COVID-19-Ansteckungswegen sind ihr derzeit bekannt (bitte die Kernergebnisse der Studien angeben), welche Studien laufen derzeit oder liefen zu dem Thema in Bayern mittels Finanzierung aus Geldern der Staatsregierung (bitte angeben, in welcher Höhe und aus welchem Einzelplan sie finanziert wurden) und welche weiteren bayerischen Studien zu COVID-19 liegen derzeit vor?

Tim Pargent
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welchen Austausch es zwischen Angehörigen des Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie inklusive Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger und anderen Gruppen oder Organisationen gab, in dem die Einführung und/oder Ausgestaltung einer Grundsteuerreform C thematisiert wurde (bitte angeben für die aktuelle Legislaturperiode unter Angabe aller beteiligten Personen, ihrer Position, dem Datum, Ort, Inhalt, Art des Austauschs und wer den Austausch initiiert hat) und zu welchem Ergebnis der Austausch insbesondere im Kontext der aktuellen Planung zur Gestaltung der Grundsteuer C geführt hat?

Doris Rauscher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit erfüllt der Landkreis Ebersberg bei der Unterbringung von Flüchtlingen derzeit seinen Anteil entsprechend des Königsteiner Schlüssels (bitte differenziert nach erwachsenen Flüchtlingen und unbegleiteten Minderjährigen angeben), wie viele zusätzliche Personen müsste der Landkreis bei Nicht-Erfüllung der Quote aufnehmen, um seinen Anteil am Königsteiner Schlüssel zu erfüllen (bitte differenziert nach erwachsenen Flüchtlingen und unbegleiteten Minderjährigen angeben), und welche Gründe führt der Landkreis dafür an, dass er den Königsteiner Schlüssel ggfs. derzeit nicht erfüllen kann?

Markus Rinderspacher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welches Planungsbüro wurde zwischenzeitlich mit der Planung der Barrierefreiheit am S-Bahnhof München-Riem beauftragt, wurde zwischenzeitlich die überarbeitete Entwurfsplanung fertiggestellt und damit die Genehmigungsplanung beim Eisenbahnbundesamt eingereicht und inwieweit sind diesbezüglich juristische Auseinandersetzungen mit Blick auf die Fehlerhaftigkeit von bisherigen Baugrundgutachten, Planungen und bisherigen Durchführungen und die daraus resultierenden Verzögerungen in die Wege geleitet?

Julika Sandt
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Berufsausbildungen in den vergangenen fünf Jahren in Teilzeit begonnen wurden, wie viele Bewerberinnen und Bewerber/Interessenten es in diesen vergangenen fünf Jahren für eine Berufsausbildung in Teilzeit gab und wie viele Berufsausbildungsstellen in Teilzeit in den vergangenen fünf Jahren von Arbeitgebern angeboten wurden (bitte differenzieren nach Berufsgruppen/ Berufen, Altersgruppen und Geschlecht)?

Jan Schiffers
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welcher Personenkreis ist befugt, Einsicht in die nach § 2 Nr. 2 der Neunten Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (9. BayIfSMV) geforderten Atteste und die damit verbundenen besonders sensiblen Gesundheitsdaten auf diesen Attesten zu nehmen, ist die weitergehende Verarbeitung von Gesundheitsdaten nach Meinung der Staatsregierung durch Art. 9 Abs. 2 Buchst. i der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) gedeckt und in wie weit genügt die 9. BayIfSMV den Erfordernissen der Datensparsamkeit gem. DSGVO?

Toni Schuberl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, inwiefern können die Strafverfolgungsbehörden nach § 4 Abs. 3 Satz 3 Neunten Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (9. BayIfSMV) weiterhin auf die Daten der Kontaktdatenerfassung zugreifen, obwohl § 28a Abs. 4 Infektionsschutzgesetz (IfSG) eine anderweitige Verwendung ausdrücklich und ausnahmslos ausschließt (vgl. Tanja Niedernhuber: Die Verwendung von Corona-Gästelisten zur Strafverfolgung, in: KriPoZ 6, 2020, S. 318-327), ergibt sich aus § 28a Abs. 4 IfSG aus Sicht der Staatsregierung ein Verwertungsverbot der gewonnenen Daten in Strafprozessen und in wie vielen Fällen haben bayerische Strafverfolgungsbehörden seit dem 01.11.2020 auf Gästelisten zugegriffen?

Stephanie Schuhknecht
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ist ihr bekannt, wie hoch die Impfbereitschaft im Rahmen des SARS-CoV-2 Virus in Bayern ist, wie plant sie die Bevölkerung über die Impfung aufzuklären und inwiefern soll eine bayerische Impfkampagne geplant und umgesetzt werden?

Katharina Schulze
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wieso können die Gesundheitsämter bisher nicht alle die elektronische Kontaktverfolgungssoftware SORMAS benutzen, bis wann wird dieser Zustand in allen Gesundheitsämtern behoben sein und ab welchem Zeitpunkt ist die konkrete Nutzung der einheitlichen Software in allen Gesundheitsämtern geplant?

Gisela Sengl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, an welchen Ämtern für Landwirtschaft in den ausgewiesenen Wolfsgebieten wurden wie viele Anträge auf Förderung von Investitionen in Herdenschutzmaßnahmen für wolfsichere Zäune und mobile Ställe seit Beginn der Förderung gestellt und wie hoch belaufen sich die genehmigten Fördermittel pro Maßnahme für diese Investitionen in Herdenschutzmaßnahmen?

Ulrich Singer
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, auf Basis welcher wissenschaftlichen Grundlagen wurden die 7-Tages-Inzidenzwerte (35/50/100/200/300) ermittelt, warum werden die Inzidenzwerte nicht in Bezug auf die Zahl der durchgeführten Coronatests gesetzt und wie geht die Staatsregierung mit irreführenden 7-Tages-Inzidenzwerten bei Landkreisen und kreisfreien Städten unter 100 000 Einwohnern um?

Ursula Sowa
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Schulen haben anhand der Richtlinie zur Förderung von Investitionskosten für technische Maßnahmen zum infektionsschutzgerechten Lüften in Schulen (FILS-R) Anträge auf Förderung von mobilen Lüftungsgeräten (bitte nach Typen aufgeschlüsselt) gestellt und wie hoch sind die beantragten Fördermittel insgesamt in Relation zur gesamten Fördersumme des Programms FILS-R?

Dr. Dominik Spitzer
(FDP)

Laut Beschluss der Kabinettsitzung vom 06.12.2020 müssen die Gesundheitsämter zur Kontaktnachverfolgung und Pandemiemanagement bayernweit einheitlich das digitale Programm „SORMAS“ verwenden, weswegen ich die Staatsregierung frage, inwieweit die Gesundheitsämter weiterhin BaySIM und/oder ausschließlich SORMAS verwenden sollen, welche Kosten dem Freistaat dadurch entstehen bzw. entstanden sind und seit wann die Staatsregierung wusste, dass die Softwarelösung SORMAS bundesweit eingeführt werden soll?

Diana Stachowitz
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Gründe führt sie mit Blick auf die Qualität in der Frühpädagogik dafür an, die den bayerischen Kitas derzeit zusätzlich zu den Schließtagen zur Verfügung stehenden Schließtage für Team-Fortbildungen zu streichen und die Formulierung des „empfohlenen Anstellungsschlüssels“, also eines besseren als dem gesetzlich vorgeschriebenen Anstellungsschlüssels, zu streichen, welche weiteren Änderungen für die bayerischen Kitas sind derzeit in der Verbändeabstimmung (bitte Nennung der einzelnen Punkte) und welche Zeitschiene verfolgt die Staatsregierung für diese angedachten Veränderungen?

Ralf Stadler
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Migranten kamen seit dem ersten Lockdown im März 2020 vom 16.03.2020 bis heute nach Bayern, wie viele davon haben einen Antrag auf Asyl gestellt, (nach Monaten aufgeschlüsselt) und wie ist die Einreise von Migranten und Asylbewerbern ab Mittwoch, 09.12.2020 im Katastrophenfall geregelt?

Rosi Steinberger
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Schweine und Masthähnchen sind momentan wegen Engpässen bei den Schlachtkapazitäten in Bayern noch eingestallt, obwohl sie bereits geschlachtet werden sollten (bitte nach Tierart aufgliedern, bitte je nach Datelage einen Näherungswert angeben) und wie viele lebendige Schweine werden gerade am Schweineschlachthof in Vilshofen in der Wartehalle gehalten, weil sie angeliefert aber nicht mehr geschlachtet wurden?

Dr. Simone Strohmayr
(SPD)

Da Bibliotheken und Büchereien laut der Neunten Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung erneut schließen mussten, während der Buchhandel seine Läden im sogenannten „Lock-down light“ geöffnet halten darf, frage ich die Staatsregierung, wie viele Büchereien und Bibliotheken davon in Bayern betroffen sind, wie viele davon ehrenamtlich betrieben werden und wie hoch die Nutzungszahlen sind?

Martin Stümpfig
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob sie dem Beispiel der anderen Bundesländer bei der Erarbeitung von Klimaschutzprogrammen folgen will und die Erarbeitung unter Beteiligung der Gesellschaft und Verbänden erfolgen wird, ob geplant ist, das erarbeitete Klimaschutzprogramm und die Anpassungsstrategie im Landtag zu verabschieden, wie es bei Klimaschutzprogrammen die Regel ist und in welchem Jahresrhythmus die Programme fortgeschrieben werden sollen, nachdem im Art. 5 des am 12.11.2020 beschlossenen Klimaschutzgesetzes festgehalten ist, dass die Staatsregierung ein bayerisches Klimaschutzprogramm mit Maßnahmen zur Erreichung der in Art. 2 Abs. 1 und 2 genannten Minderungsziele und eine Strategie zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels aufstellt, da im Klimagesetz eine regelmäßige Fortschreibung beschlossen wurde?

Arif Taşdelen
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Gründe führen sie dazu, eine Abschaffung des bisherigen sozialpädagogischen Seminars (SPS) und stattdessen die Einführung eines sozialpädagogischen Einführungsjahres (SEJ) im Rahmen der Erzieherausbildung zu diskutieren, welche konzeptionellen Überlegungen liegen einem geplanten SEJ zugrunde (bitte mit Blick auf Zugangsvoraussetzungen, Abschluss nach dem SEJ, Dauer, Struktur, Entlohnung, etc.), und welche Auswirkungen erwartet die Staatsregierung mit Blick auf die Attraktivität der Ausbildung, der im Berufsfeld zur Verfügung stehenden Kräfte und das Ausbildungsniveau?

Anna Toman
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie finden die Prüfungslehrproben in diesem Schuljahr für die Referendarinnen und Referendare in den einzelnen Schularten statt, sind bereits Ersatztermine vorgesehen und wird die Möglichkeit eingeräumt, eine praktische Prüfung durch ein Theoriegespräch zu ersetzen?

Gabriele Triebel
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie bewertet sie – und insbesondere Ministerpräsident Dr. Markus Söder – den interfraktionellen Entwurf eines „Grundsatzgesetzes zur Ablösung der Staatsleistungen“ (BT-Drs. 19/19273), der am 05.11.2020 in erster Lesung im Bundestag beraten wurde, haben in dieser Angelegenheit bereits Gespräche mit den entsprechenden Kirchenvertreterinnen und -vertretern stattgefunden und wie wird die Staatsregierung weiter vorgehen, um den historischen Verfassungsauftrag (Art. 140 Grundgesetz) im Einvernehmen mit den Kirchen zu erfüllen?

Hans Urban
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wird sie als Kostenträgerin des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) die durch die MVV-Tarifsgebietserweiterung auf den Strecken der Oberlandbahn und der Werdenfelsbahn entstehenden Mindereinnahmen (durch die dann geltenden MVV-Tarife) vollumfänglich ausgleichen, falls nicht, mit welcher Begründung und von wem soll der eigentlich staatliche Auftrag dann ausgeglichen werden?

Ruth Waldmann
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, warum beteiligt sich der Freistaat Bayern nicht an dem europäischen Projekt „EuroMOMO“, wie beurteilt sie die europaweite Verfügbarkeit von epidemiologischen Daten zur Übersterblichkeit insbesondere angesichts der Corona-Pandemie, und verwendet die Staatsregierung derzeit die Daten aus dem Projekt „Euromomo“ für Zwecke der gesundheitspolitischen Planung?

Dr. Sabine Weigand
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie wird der Einsatz von mobilen Testteams koordiniert, wie soll die hohe Zahl an vulnerablen Gruppen, die nicht in Einrichtungen leben, schnell erreicht werden und ist der Impfstoff, der bei minus 70 Grad aufbewahrt werden muss und nicht länger als fünf Tage bei Kühlschranktemperatur lagerfähig ist, für mobile Testteams geeignet?

Margit Wild
(SPD)

Da Bibliotheken und Büchereien laut der Neunten Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung erneut schließen mussten, während der Buchhandel seine Läden geöffnet halten darf, frage ich die Staatsregierung, wie sichergestellt werden soll, dass Kinder aus einkommensschwachen Familien trotzdem und ganz besonders während der Corona-Beschränkungen Zugang zu Büchern haben sollen und wie viele der öffentlichen Büchereien in Bayern Online-Ausleihe anbieten?

Andreas Winhart
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Kliniken in Stadt und Landkreis Rosenheim werden in den am 09.12.2020 beginnenden Katastrophenfall anlässlich der Corona-Pandemie Bettenkapazitäten für den Katastrophenfall bereitstellen, wie viele Betten stehen in den öffentlichen und privaten Kliniken zur Verfügung (bitte nach Klinikstandort auflisten) und werden private onkologische Kliniken, z. B. Klinik St. Georg in Bad Aibling, Klinik Bad Trissl in Oberaudorf, Klinik St. Irmingard in Prien, etc., neurologische Kliniken, orthopädische Kliniken und Reha-Kliniken finanziell oder organisatorisch bei der Abrechnung unterstützt (bitte auch auf Art und Weise der Unterstützung eingehen)?

Christian Zwanziger
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wird sie ihren Zeitplan, wonach die Rücknahme der Lockerung der Anbindegebots erst bis 2022 umgesetzt wird (siehe Antwort auf Frage 2c auf Drs. 18/8541), neu überdenken um dem Vorwurf die lange Übergangszeit würde dazu genutzt um etliche Projekte, die nach alter und dann neuer Rechtslage voraussichtlich nicht genehmigungsfähig wären, voranzutreiben, zu begegnen, von wie vielen Projekten, die vor der Lockerung des Anbindegebots 2018 voraussichtlich nicht genehmigungsfähig gewesen wären, hat die Staatsregierung Kenntnis (bitte Projekte nach Kommunen, angedachter Flächengröße und Status der Planung auflisten) und welche Auswirkungen hätte die Rücknahme der Lockerung des Anbindegebots für Projekte, deren Planungen zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen wären?